

Ein Blick zurück nach vorn ...

Pierrette Onangolo

... zum 30-Jährigen vom Flüchtlingsrat
Rheinland-Pfalz

Seit den 1980er Jahren ist die deutsche Flüchtlingspolitik von einer nie endenden Reihe von Gesetzesverschärfungen geprägt: 1982 das Erlassen des Asylverfahrensgesetzes, April 1993 die De Facto-Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, Herbst 1993 die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes mit allen seinen Einschränkungen und diskriminierenden Paragrafen, 1997 das erste Dublin-Abkommen mit den „Erweiterungen“ aus den Jahren 2003 und 2014, 2015 und 2016 die „Asylpakete“ mit dem „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“, dem Einfrieren des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte und der Einführung der Wohnsitzauflage, Juli 2017 das „Geordnete-Rückkehrgesetz und schließlich im Jahre 2019 das Migrationspaket mit Änderungen bei elf Gesetzen.

Eine lange – nicht vollständige – Liste von Maßnahmen, die alle nur ein Ziel verfolgen: Abschreckung, Abschottung und letztendlich zur Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte führen. Eine bittere Konstante der deutschen Flüchtlingspolitik, die nur wenige Verbesserungen in der Lebenssituation von Flüchtlingen aufweisen kann.

Restriktive Politik und rassistische Gewalt

Die 90er Jahre waren zum einen von dieser immer restriktiveren Gesetzgebung als Reaktion der Politik auf steigende Zahlen von Flüchtlingen, die vor dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien oder vor diktatorischen Regimen in einigen afrikanischen Ländern flohen, geprägt. Zum anderen waren sie von rassistischen Ausschreitungen und Anschlägen – man erinnert sich an Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen oder den Brand in der Hafensstraße in Lübeck – gekennzeichnet.

In diesem Kontext formierte sich der Flüchtlingsrat in Schleswig-Holstein. Menschen aus unterschiedlichen Organisationen und einzelne Personen empörten sich und sahen sich verpflichtet, sich gegen eine unmenschliche Flüchtlingspolitik, gegen menschenunwürdige Unterbringungsbedingungen, gegen die Entrechtung von Flüchtlingen, gegen Abschiebungen in Folterstaaten, gegen rassistische Pogrome zusammenzuschließen, um der besorgniserregenden Entwicklung entgegenzuwirken.

Von 1991 bis 2002 war ich als Sprecherin im SprecherInnenkreis (so die damalige Schreibweise noch!) und kann mich gut an die ersten Jahre des Flüchtlingsra-





tes erinnern: an die langen, sehr lebhaften Diskussionen bis spät in die Abendstunden hinein im SprecherInnenkreis oder bei den Klausurtagungen in Neustadt in Holstein oder in der Nähe von Plön über das Selbstverständnis des Flüchtlingsrates und die Ziele der Arbeit, an Demonstrationen gegen Abschiebungen in den Kongo, nach Togo, an Aktionen gegen die Praxis der „Gutscheine“ statt Bargeld, an Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen (Abschiebestopp, AsylbLG, die Lagen in Herkunftsländern wie Syrien, Kongo, Togo), an kritische und kontroverse Gespräche mit der Politik und last but not least an das gemeinsame EU-geförderte Equal-Projekt, mit dem erstmalig Menschen mit prekärem Aufenthalt einen Zugang zu einer beruflichen Qualifizierung ermöglicht wurde.

Professionalisierung der Flüchtlings-solidaritätsarbeit

Für den Flüchtlingsrat war das der Einstieg in viele EU-geförderte Projekte im Bereich Arbeitsmarktintegration. Es war eine sehr spannende Zeit, in der der Flüchtlingsrat seinen Platz suchte und auch fand. Sehr schnell gelang es dem neu gegründeten Verein, das Thema „Flüchtlingspolitik“ sichtbar und hörbar zu machen, es in die Mitte der politischen

Debatten rücken zu lassen und in der Öffentlichkeit zu platzieren.

Die Eröffnung der Geschäftsstelle in der Oldenburger Straße 25 in Kiel im Jahr 1997 war die logische Folge dieses Entwicklungsprozesses. Es ermöglichte eine Professionalisierung der Lobbyarbeit für Flüchtlinge. Dort wurde die landesweite Arbeit koordiniert, dort wurden Vernetzung und Informationsaustausch sichergestellt, dort entstanden neue Projekte, dort wuchs der Flüchtlingsrat, zu dem was er jetzt ist.

Flüchtlings-solidaritätsarbeit agiert ständig zwischen restriktiver Flüchtlingspolitik und Forderungen nach Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Das war so in den 90er Jahren, es ist heute noch so und es ist zu fürchten, dass es so weiter gehen wird. Umso wichtiger ist es, sich nicht entmutigen zu lassen und weiterhin kritisch und laut zu bleiben, um die Kernaufgaben der Lobbyarbeit für Flüchtlinge umzusetzen.

Dazu gehört: Missstände aufzeigen und auf Änderungen / Verbesserungen bestehen, unmenschliche Praxis von Behörden erkennen und skandalisieren, Ausgrenzung und Diskriminierungen sichtbar machen, die Öffentlichkeit über die Situation von Flüchtlingen im Land und über die politische Situation in den Herkunftsländern informieren. Dafür ist es notwen-

dig, Netzwerke aufzubauen, viele Akteur:innen einzubeziehen: Hauptamtliche und Ehrenamtliche aus der Flüchtlings- und migrationspolitischen Arbeit, insbesondere Selbstorganisationen von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Vereine, Initiativen, Engagierte aus anderen relevanten zivilgesellschaftlichen Bereichen (Seenotrettung, Antirassismussarbeit, bildungspolitische Arbeit, Klimabewegung etc.) und politisch Verantwortliche.

Hartnäckig, laut und empört

Solidarische Flüchtlingsarbeit bedeutet also viel mehr als Sprachrohr für Flüchtlinge zu sein, es ist auch Vernetzung, Öffentlichkeit und vor allem Wachrütteln durch eine ste-

tige kritische Auseinandersetzung mit vorhandenen Strukturen und deren Verantwortlichen.

Von Rheinland-Pfalz aus gesehen scheint dem Flüchtlingsrat in Schleswig-Holstein das alles sehr gut gelungen zu sein. Ihr habt Vieles erreicht, auch wenn sicherlich noch viel zu tun bleibt!

Dazu gratuliere ich Euch herzlichst als frühere Mitstreiterin (die so gern in Schleswig-Holstein gelebt hat), aber auch als jetzige Geschäftsführerin des AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP und in Vertretung einer breiten Basis von in der Flüchtlingsarbeit Engagierten aus dem Flächenland Rheinland-Pfalz. Besondere Glückwünsche gehen an die, die ich von damals noch kenne, namentlich erwähnen möchte ich Martin, Astrid, Gabi aus der Geschäftsstelle, Michael und Heino vom Vorstand, Solveigh als Vertreterin in der Härtefallkommission!

Bleibt hartnäckig, bleibt laut, bleibt empört!

Pierrette Onangolo war Mitarbeiterin der ZBBS in Kiel und ist heute Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats Rheinland-Pfalz in Mainz.
www.fluechtlingsrat-rlp.de